



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Tariftreue (Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr I)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass die an Ausschreibungen von Verkehrsleistungen im bayerischen Regionalverkehr der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) beteiligten Eisenbahnverkehrsunternehmen verpflichtet werden, den Beschäftigten mindestens das in einem einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrag vorgesehene Entgelt zum tarifvertraglich vorgesehenen Zeitpunkt zu bezahlen. Der anzuwendende Tarifvertrag ist unter Berücksichtigung einer berufsspezifischen Repräsentativität zu bestimmen.

Begründung:

Wettbewerbsverzerrungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind zu unterbinden. Das Gebot der Wirtschaftlichkeit zwingt den öffentlichen Auftraggeber, den Zuschlag auf das wirtschaftlich günstigste Angebot zu erteilen. Erzielt dieses Angebot seine Position dadurch, dass das anbietende Unternehmen untertariflich entlohnte Beschäftigte einsetzt, führt dies zu einer Wettbewerbsverzerrung. Sie schadet Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Tariflöhne bezahlen. In der „Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße“ wird den Mitgliedstaaten explizit erlaubt, dass sie „zur Gewährleistung transparenter und vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen zwischen den Betreibern und um das Risiko des Sozialdumpings zu verhindern, [...] besondere soziale Normen und Dienstleistungsqualitätsnormen vorschreiben können.“ Der Freistaat sollte davon Gebrauch machen.